

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nr. 22222  
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite beträgt oben unten 6.50 Mk., unten 6.00 Mk.  
Gesamtheft: 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.  
Werbung: Die Spaltenbreite beträgt oben unten 6.50 Mk., unten 6.00 Mk.

## Arbeiterblut floß wieder in Berlin am Gedentage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Das offizielle Wolffsche Büro meldet:

Gestern nachmittag um 2 Uhr fand im Lustgarten eine Gedächtnisfeier der Kommunisten für Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg statt, an der etwa 8000 (ein Schwindel! siehe unten) Personen teilnahmen. Die starke Agitation der radikalen Führer für völlige Arbeitstube in den einzelnen Betrieben hat also gar keinen Erfolg gehabt.

Unter den verschiedenen Rednern tat sich besonders der Elektricitätsarbeiter Sult hervor, der die bestehende Regierung aufs heftigste angriff und ihren baldigen Sturz forderte. Weiter führte er aus, daß nur die kommunistische Wirtschaftsordnung es ermöglichen könne, daß alle satt würden. Der Geist Liebknechts und der Rosa Luxemburgs lebe weiter unter uns, und es werde bald der Tag kommen, an welchem man über die Würder dieser beiden Gericht halten könne. Auch die kommunistische Jugend nahm an der Feier teil. Sie erschien mit einem Riesentrang mit roter Schleife, der am Grabe Liebknechts niedergelegt werden sollte.

Im Anschluß an die Demonstrationen im Lustgarten formierten sich etwa 6000 Mann am Zeughaus zu einem Zuge und marschierten, die Internationale singend, die Straße Unter den Linden entlang. An der Charlottenstraße stand eine Postenkette der Schusspolizei. Sie wurde überannt, doch gelang es den Beamten, einen Teil Ruhestörer in die Charlottenstraße hineinzudrängen. Die große Menge marschierte weiter, durchbrach auch die Postenkette an der Friedrichstraße und zog bei Kranzler vorbei nach dem Gebäude der russischen Botschaft, wo sie Hochrufe auf die Sowjetrepublik ausbrachte. Als die Demonstranten auch die Schusspolizisten an der Wilhelmstraße heillos gebrängt hatten, löste sich plötzlich ein Schuß, der am Brandenburger Tor abgefeuert zu sein schien. Gleich darauf fielen noch mehrere Schüsse, so daß sich der Menge eine Panik bemächtigte und sie in wilder Flucht auseinanderstob.

Bei den Vorgängen wurde nach den bisherigen Ermittlungen eine Frau durch einen Banhschuh verletzt, ein junger Mann wurde auf dem Bürgersteig vor dem Hotel Adlon ebenfalls durch einen Schuß niedergestreckt. Außerdem sind durch Weinschüsse drei junge Leute verletzt worden.

Die Polizei will dem Proletariat das Recht der Benutzung der Straße zu Kundgebungen nehmen. In provokierender Weise wurden die Berliner Arbeiter daran gehindert, vor dem Hause unserer russischen Genossen, der russischen Botschaft, ihre Solidarität kundzugeben. Dann, nach den bekannten Vorgängen vor zwei Jahren, „löste sich plötzlich ein Schuß“, und Proletarier wurden „niedergestreckt“.

Die Berliner „rote Fahne“ meldet:

An die Hunderttausend Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen sammelten sich gestern um 2 Uhr im Lustgarten, um sich die Hände zu reichen im Namen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, um sich zusammenschließen zu einer proletarischen Kampffront, die gegen die Bourgeoisie vorgehen wird.

Die Unabhängige Parteileitung hatte beiseite gestanden, hatte von „lärmenden Demonstrationen“ zu sprechen gewagt. Die Unabhängigen Arbeiter rückten in Massen in den Lustgarten. Die Kommunistische Partei hatte strenge Anordnung gegeben, die Bannmeile nicht zu berühren. Die Anordnung wurde genau durchgeführt.

Es liegt auf der Hand, daß die Markbande der Stiposoffiziere für den Tag es auf eine Provokation, auf ein Blutbad abgesehen hatten.

Dieses Spiel wurde im großen durch den festen Willen und Disziplin der Kommunistischen Partei vereitelt.

Nur in einem Falle gelang es den Provokateuren, eine Gruppe durch eine hinterlistig gestellte Falle vor die Gewehre zu treiben, am Pariser Platz. Absichtlich, planmäßig wurde dem Zug von einigen hundert Mann, die ruhig ihres Weges nach Hause zogen, der Weg zur Ueberquerung der Bannmeile an der Charlottenstraße freigegeben, am Pariser Platz wurde die Gruppe von der Brandenburger Schowache ohne Warnungsrufe mit einem Maschinengewehr beschossen. Mehrere Arbeiter deckten das Pflaster, die Schüsse wurden abgegeben von einem Stiposoffizier, die Mannschaft schoß nicht.

Die Proletarier wissen, um was es sich der Bourgeoisie bei diesen Provokationen handelt: um die Auseinandersetzung der sich unter dem Druck des steigenden Massenelends zusammenballenden Massenaktionen, um die Zerspaltung der proletarischen Kampffront, um ihre Auflösung in Einzelgefechte.

Das Spiel wird nicht gelingen. Die Vereinigte Kommunistische Partei ist auf der Hut.

Sie ruft den Proletariaten zu über die neuen Opfer weisgardistischen Provokationen hinweg:

**Fest die Reihen geschlossen!  
Fest wie eine Mauer gegen alle Provokationen!  
Laßt Euern Aufmarsch nicht stören!**

Das Blut, das auf dem Pariser Platz vergossen, fällt auf das Haupt der mehrheitssozialistisch-demokratischen Regierung Preußens, fällt auf das Haupt der Severtig und Konforter, fällt auf das Haupt der sozialdemokratischen und unabhängigen Pressekapitalen, die über den Opfern von Menschengruppen eine weiße Kommunistenbeize begonnen und über ihre Leichen hinweg den Plünderer und Konforter die Hand reichte.

Auch für dieses Blut wird die allgemeine Abrechnung Rechenschaft fordern.

## Wer hilft den Arbeitslosen?

Sie schätzen umher monatelang: die Arbeitslosen, mit den fahlen, eingefallenen Gesichtern, in der schäbigen Kleidung, stehend der gähnenden Meere, Krankheit und Hunger bei Frau und Kindern zu Hause.

Die Faust tragen sie in der Tasche. Nur hier und dort machen sie Verzweiflungsaktionen.

Viele hofften auf die Hilfe der Sozialdemokratie, die stark vertreten ist in den Gemeindeparlamenten und Magistraten, Landesparlamenten und Landesregierungen. Das war eine Täuschung. Not und Elend wurden immer unerträglich. Da setzten sich überall, wo sie vertreten waren, in den Gemeinde- und Landesparlamenten, die Kommunisten für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ein. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zum Existenzminimum, mindestens bis zur Lohnhöhe der vollbeschäftigten Arbeiter ist das nächste Ziel. In Breslau, Berlin, Hamburg, Dresden, Schwerin usw. wurden von den Kommunisten Anträge auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gestellt. Gleichzeitig marschierten, vielerorts mit Frauen und Kindern, die Arbeitslosen vor dem Parlament und auf seinen Tribünen auf und gaben so ein Bild von ihrer Not.

Trotzdem stimmten die bürgerlichen Parteien regelmäßig geschlossen gegen unsere Anträge und die Sozialdemokraten taten entweder dasselbe oder wollten den Arbeitslosen ein paar Mittelpennige geben. Die Sozialdemokraten machten sich dabei auch das Argument des Bürgerkriems zu eigen: der Staat (oder die Gemeinde) hat kein Geld.

Nun wissen wir Kommunisten auch ganz gut, daß die Staats- und Gemeindefassen faktisch bankrott sind. Aber wir wissen auch, daß nicht nur die Staatskassen bankrott sind, sondern der ganze Kapitalismus, daß er sich nur noch durch brutale Ausbeutung des Proletariats mit Hilfe einer starken Polizeimacht, für die er viel Geld opfert, halten kann. Gerade deshalb fordern wir Kommunisten die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zum Existenzminimum. Denn wenn der Kapitalismus sein Arbeitsheer nicht einmal mehr ansständig ernähren, bekleden und behausen kann, und das werden die Massen an den in der Arbeitslosenfrage geschaffenen Beispielen erkennen, dann mag er zusammenbrechen unter den Schlägen des Arbeiterheeres.

Genau so liegt es bei den beschäftigten Arbeitern in der Lohnfrage. Auch die Löhne und Gehälter stehen weit unter dem Existenzminimum. Wir fordern deshalb ihre einheitliche Erhöhung auf das Existenzminimum, wohl wissend, daß der heutige Scheiterkapitalismus, der auf Bucherprofite eingestellt ist, es nicht will und sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzt. Die beschäftigten und erwerbslosen Arbeiter wissen trotzdem ihre Forderungen durch gegenseitige Unterstützung in geschlossener Front erkämpfen, mag dabei auch der Kapitalismus mißamt seiner Staatsmaschine zerbrechen. Für einen Kapitalismus, der sein Proletariat nicht mehr ernähren kann, ist es höchste Zeit, durch die Arbeiter vernichtet zu werden.

Die Sozialdemokratie aber, die sagt, die Staatskassen sind bankrott und deshalb die Forderungen der Arbeitslosen ablehnt, will es nicht wahr haben, daß der ganze Kapitalismus bankrott ist. Die sozialdemokratischen Führer treten für eine Wiederbelebung des Kapitalismus ein. Das ist der Grund für den Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Arbeitenden und den Arbeitslosen. Während sie die Forderungen der Arbeitslosen aus Sparparasitenrunden ablehnen, bewilligen sie ebenso wie die bürgerlichen Parteien Millionen für die Reichswehr, Sipos, Geheimfonds (Engelssonds) usw., für die Unterdrückungsmaschine des Kapitalismus. Statt sich für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter mit allen Mitteln einzusetzen, schenken die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern in Arbeitsgemeinschaften und schenken ihnen hohe Preise zu.

So kann es, daß alle Hoffnungen auf die sozialdemokratischen Führer zu Enttäuschungen führen müssen. Die Politik der Sozialdemokratie und die Interessen der erwerbslosen und beschäftigten Arbeiter sind heute unauferlöschliche Gegensätze. Nur die Kommunisten vertreten heute die Interessen des arbeitenden wie des erwerbslosen Proletariats. Die Vereinigte Kommunistische Partei ist heute die einzige Partei, die eine Klassenbewegung, proletarische Politik treibt.

## Provokation der deutschen Regierung gegen Sowjetrußland.

21. Berlin, 14. Januar. Mit Rücksicht auf die bekannte verzeiwerte wirtschaftliche Lage in Sowjetrußland hat das preussische Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt beschlossen, die Aufenthaltserlaubnis derjenigen russischen Kommissionen bzw. Personen, die hier für die Abwanderung von Deutschen nach Rußland schon seit langem tätig waren, nicht mehr zu verlängern. Anträge solcher Personen auf Erlaubnis der Wiederreise nach Deutschland sind aus demselben Grunde abgelehnt worden.

Wenn die deutsche Regierung während des Krieges Polen gegen Sowjetrußland von Neutralität gegenüber Sowjetrußland faselte, so zeigt obige Meldung dem deutschen Proletariat, daß man die deutsche Regierung genau, wie die Entente in die Reihe der Feinde Sowjetrußlands zu zählen hat. Mit der Begründung, daß durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands, den deutschen Arbeitern, die das Bestreben haben, mitzuhelfen, mitaufzubauen, eine Existenzmöglichkeit nicht geben, will man ihnen Sand in die Augen streuen. Der deutsche Arbeiter soll nicht sehen, daß der Kampf gegen das russische Proletariat und seinen Staat, auch die deutsche Regierung mißfällt. Aber das deutsche Proletariat wird die Antwort auf diese verschleierte Provokation nicht schuldig bleiben. Es muß immer wieder die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland fordern.

## Gegen die Beamtenheke der Reichsregierung.

Die Regierung hat es aus Anlaß der neuen Beamtenforderungen wieder einmal für vorteilhaft gehalten, die Steuerzahler gegen ihre Angestellten aufzuheizen. In langen Auseinandersetzungen versucht sie den Nachweis, daß nur bei einem abermaligen kräftigen Anziehen der Stenerschraube den Beamten ein Existenzminimum gewährt werden könnte. Natürlich geschieht das zu dem Zweck, die Allgemeinheit gegen das notleidende Heer, zumal der unteren Staatsangestellten, zu verheizen, einen Vorwand für neue Steuern zu haben und auf diese Weise abermals die breiten Massen zu Gunsten der Bourgeoisie zu belasten.

Der Deutsche Beamtenbund wendet sich in einer längeren Erklärung gegen dieses Regierungsmanöver, in der es u. a. heißt:

„Damit wird bewiesen, daß die Erhöhung der Beamtenbezüge als Vorwand für neue Steuern benutzt werden soll. Durch die fortgesetzte Betonung der Notwendigkeit, neue Steuern zu beschaffen, im Zusammenhang mit der Beamtenbefolgung, werden lediglich die Gegensätze in den verschiedenen Bevölkerungsschichten verschärft, und die Hilfsaktion für die Beamten wird dadurch nicht gefördert, sondern vielmehr erschwert. Der Deutsche Beamtenbund bedauert die weitere Anwendung dieses Mittels zur Dreinflussung der Volksstimmung gegen die immer noch treu ihrem Dienst verrichtende Beamtenenschaft und erwartet bestimmt die Herbeiführung einer klaren Entscheidung, da die Not der Beamtenenschaft aufs höchste gestiegen ist.“

# Politische Uebersicht.

## Die Arbeitslosigkeit in Breslau.

Nach dem Bericht der städtischen Erwerbslosenfürsorge ist bei den Männern im Monat Dezember 1920 ein größerer Zugang sowohl in der Zahl der Anträge, als auch in der Zahl der Unterstützungsempfänger zu verzeichnen gewesen, während bei den Frauen ein kleiner Rückgang warzunehmen war.

Das die Erwerbslosen-fürsorge eine ganz unzureichende ist, beweist folgendes:

Es blieb am 31. Dezember 1920 ein Bestand an Unterstützten

5713 Männer,  
3072 Frauen,

zus. 8785.

Die Zahl der sich auf dem Arbeitsnachweis meldenden bezug im Laufe des Dezember 1920 aber

14 203 Männer,  
5 732 Frauen,

zus. 19 935 Unterstützungsforderungen.

Nach dem Bericht der Erwerbslosenfürsorge bleiben also 11 150 Erwerbslose ohne jede Unterstützung.

## Ein neues Zeitungsverbot.

Grund: Der Sammlungsruß der D. R. P. D.

Unser Parteiblatt in Augsburg, der „Volkswille“, ist vom bayerischen Staatskommissar für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg auf Grund der verfassungsmidrigen Ausnahmestandbedingungen in Bayern auf unbestimmte Zeit verboten worden. In der „Begründung“ heißt es u. a.

Gründe:

Die Zeitung „Volkswille“ enthält seit längerer Zeit Artikel, die einen stark aufreizenden Charakter tragen. Wegen eines solchen Artikels mußte das Erscheinen der Zeitung schon am 2. 9. 20 verboten werden. Trotzdem hat diese die Wiedergabe solcher Artikel nicht eingestellt, sie vielmehr in den letzten Tagen in gehäufter Zahl erscheinen lassen. Als solche kommen in Betracht:

1. „Das Blutbad in Flensburg“ in Nr. 7 und 8 vom 10. und 11. Januar 1921.
2. „Was plant man in Niederschönenfeld?“ in Nr. 8.
3. „Sturm“ in Nr. 9 vom 12. Januar 1921.
4. „Arbeiter und Arbeiterinnen, einigt Euch gegen den kapitalistischen Mord“ in der gleichen Nr. 9.

Die drei erstgenannten Artikel suchen die Arbeiter gegen die Sicherheitspolizei aufzuhetzen, der dritte bezweckt außerdem Verurteilung Festungsgefangenen in Niederschönenfeld in die Bevölkerung hineinzutragen. Der vierte wirbt für die Liquidation des Proletariats. Diese Aufreizungen werden noch verstärkt durch den Inhalt des Artikels unter Ziffer 4, in welche dem Bürgerturn Nordgier gegenüber der Arbeiterkraft vorgeworfen, die Begehung von Morden durch Weisgebühren für die nächste Zeit angekündigt und die Arbeiterkraft zu Demonstrationen hiergegen aufgefordert wird.

Die Artikel sind jeder für sich, besonders aber in ihrer Gesamtheit geeignet, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste zu gefährden.

Der Artikel „Sturm“ besteht in der Wiedergabe des Offenen Briefes unserer Zentrale an die übrigen politischen Parteien und Organisationen, was bezeichnend ist für die Sorge, die eine Verwirklichung seiner Forderungen der Konterrevolution bereitet. Sie findet die gesammelte Macht des Proletariats, weil sie weiß, daß sie gegen sie selbst mit Waffengewalt, Reichswehr und Spio nicht ausrichten kann. Deshalb verbietet sie ihre Proklamation und darf sich dabei auf das Beispiel jener verräterischen Arbeiterparteien stützen, die sie aus Angst um das Verdampfen ihres kläglichen Parteipöppels gleichfalls verhindern wollen. — Das Vorgehen der bayerischen Reaktion wird die Massen umso mehr in dem Verlangen befestigen, die Wege zu gehen, die ihnen von ihren reformistischen Führern die D. R. P. D. vorgeschlagen. Es zeigt, daß die Konterrevolution nach einem vernünftigen Schlage gegen das Proletariat feibert. Zu samengewöhnlich zur einheitlichen Front wird es ihn veranlassen auf die Urheber zurückzuführen lassen.

## Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnerführern.

### Die Eisenbahner protestieren.

Berlin, 16. Januar. Der Sechshundertausendjährige Erlaß im Eisenbahnbereich mit den hinter ihm stehenden Verbänden, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und Allgemeinen Eisenbahnerverbandes eines Auftrags, in dem es heißt:

Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, ist ein Erlaß erlassen worden, das unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und wesentlicher Erziehung des Verhandlungsweges zustande gekommen ist. Die Verbände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege dazu Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen eruchten den Sechshundertausendjährigen Erlaß trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstimmung seine Bedenken zurückzuführen und das Ergebnis

zur Annahme zu empfehlen.

Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese von einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechshundertausendjährigen Erlaß enthaltenen Verbände erfahren die Mitglieder, die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen

# Die Sabotage der proletarischen Einheitsfront.

Die D. R. P. D. stellte in dem „Offenen Brief“, den sie an alle Proletarierorganisationen richtete, Forderungen als vorläufige Kampfziele für die gesamte Arbeiterkraft auf. Wir bringen noch einmal die Antworten der S. P. D. und U. S. P. darauf. Jeder Arbeiter merke sie sich.

### Die Antwort der S. P. D.

„Diese Einladung, die gleichzeitig als Ultimatum dienen kann, ist natürlich weiter nichts als ein taktischer Kniff. Die Führer der proletarischen Einigkeit stellen sich auf einmal als Förderer dieser Einigkeit vor und verlangen von der sozialdemokratischen Partei binnen fünf Tagen eine Erklärung, ob sie unter der Führung von Däumig und Levi in den Kampf ziehen will oder nicht. Der sozialdemokratische Parteivorstand wird jedenfalls die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir möchten aber, ohne ihm vorzugreifen, schon jetzt sagen:

Die sozialdemokratische Partei ist zu gemeinsamen Aktionen bereit, wo über die Ziele zu ihrer Erreichung zweckdienlicher Mittel Übereinstimmung herrscht oder auf dem Wege von Verhandlungen Übereinstimmung geschaffen werden kann. Will die S. P. D. mit uns verhandeln, so sind wir dazu bereit. Aber daß man uns einen Haufen teilweise völlig unsinniger Forderungen auf den Tisch schmeißt mit der Frage „wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“ — das ist ein Gesuch, albernes und lächerliches Verfahren, aus dem kein Mensch die ehrliche Absicht zu einer wirklichen Gemeinschaftsarbeit herauslesen kann.

Wir möchten den Kommunisten dringend raten, auf solche Späße zu verzichten und sich einmal mit den Vertretern der großen Arbeiterorganisationen zu vernünftigen Verhandlungen an den Tisch zu setzen. Vielleicht wäre es auf diese Weise möglich, die neuen Dummheiten zu verhüten, die die Kommunisten zum Schaden der Arbeiterkraft zu begehen im Begriffe sind und für die auch nur den winzigsten Teil zu übernehmen unsere Partei aufs entschiedenste ablehnt.“

### Die Antwort der U. S. P.

„Wir erblicken in Ihrer durch die Presse veröffentlichten und uns nachträglich am 10. Januar 1921 auch brieflich zugestellten Aufforderung, die von Ihnen bereits formulierten Forderungen gleichfalls zu vertreten, nur den Versuch, aus der Isolierung, in die Sie Ihre Taktik gebracht hat, herauszukommen.

In dieser Annahme wurden wir bestärkt durch Ihr Verhalten bei allen bisher gemeinsam unternommenen Aktionen, die Sie noch stets benutzten, um in entscheidenden Augenblicken Ihren Verbündeten in den Rücken zu fallen und sie als Arbeiterverräter, Konterrevolutionäre, Agenten der Bourgeoisie usw. zu beschimpfen. Ebenso kann die Aufforderung an syndikalistische Organisationen: Allgemeine Arbeiterunion, Freie Arbeiterunion, D. R. P. D., deren ausgesprochenen Zweck die Zerkümmern der politischen Parteien und Gewerkschaften ist, und bezweckend, die Aktivierung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unmöglich zu machen, um dann diese unvermeidliche Ablehnung für Ihre engen Sonderinteressen auszunutzen.

Auch jetzt haben Sie, ohne unsere Antwort abzuwarten, bereits Ihre Ortsgruppen zum Kampf gegen unsere Partei aufgerufen.

Deswegen erübrigt sich in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf Ihre Forderungen, die, soweit sie sachlich begründet sind und der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation entsprechen, bereits von der U. S. P. D. in ihrem Manifest von Halle formuliert wurden.

Die U. S. P. hat sich immer wieder bemüht und wird nicht davon ablassen, für diese Forderungen, insbesondere auch für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, eine geschlossene Arbeiterfront herzustellen. In diesem Bestreben wurden wir gerade von Ihrer Partei verleumdet und bekämpft. Ihre Aufforderung schließt das Eingeständnis in sich, daß Sie nunmehr endlich auch erkannt haben, daß der Kampf um brennende Tages- und Leidforderungen kein Serrat an der Revolution ist.“

abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommenden Beeinflussungen zu Leitstreiks und dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersehen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.“

Die jetzt gemachten Zugeständnisse sehen in den Reichsanstalten der Regierung und der bürgerlichen Presse sehr hoch aus. Sie sind in Wirklichkeit aber noch immer weitläufige und Tropfen auf den heißen Stein gegenüber der Notlage. Insbesondere trifft das für die schlecht bezahlten Arbeiter und Beamten zu. Es bekommt z. B. ein Eisenbahnarbeiter in der Ortsklasse E, für den eine Mark monatlich mehr gefordert wurde, jetzt nur 20 Pfennig mehr. Bei den anderen Beamten ist es ebenso.

Glückselig meldet die „Breslauer Zeitung“, daß die Deckung durch Beförderung des Posters, des Hauptverkehrs, flächtige Aushebung der Kohlenarbeiter und Verschärfung der Aufsicht hergestellt werden solle. Also auf dem direkten Wege will man die Lippen auf die schreiende Bevölkerung abwälzen. Ein neues Zeichen, das zeigt, wie hohe Zeit es ist zur Befreiung der verrotteten kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

### Die Berliner Eisenbahner sind auch mit den neuen Zugeständnissen nicht zufrieden.

Berlin, 16. Januar. Die Berliner Eisenbahner hielten heute vormittag vier Versammlungen ab, in denen etwa 8000 Personen sich teilnehmend beteiligten, um gegen die neuesten Zugeständnisse der Regierung als unannehmbar zu erklären. Die Berliner Eisenbahner traten

### Proletarier für die Einheitsfront.

Wir erhalten folgende Resolution:

„Die am 13. Januar 1921 tagende Vollversammlung der gesamten Belegschaft der Messingwerke Reinickendorf ist mit den Bestrebungen der D. R. P. D., mit allen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften eine Grundlage zu schaffen, um den Kampf gegen den Kapitalismus einheitlich führen zu können, einverstanden.“

Die Belegschaft fordert von der Gewerkschaftskommission, sofort die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um die immer mehr am sich greifende Stilllegung von Betrieben, Aussperrungen, sowie Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern.

Den ausgesperrten Arbeitern des Löwe-Konzern erklären wir, sie in ihrem Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

### Die Münchener Eisenbahner

für die Forderungen des „Offenen Briefes“.

München, 14. Januar. Heute abend hat im Birkas-Krone eine von der Ortsverwaltung des D. E. B. München von circa 7000 Mitgliedern besuchte Versammlung einstimmig beschlossen, auf ihren Forderungen bestehen zu bleiben. Die Versammelten forderten den Hauptvorstand auf, wenn die Regierung, gegen deren Verschleppungspolitik protestiert wird, ablehnt, den Streik zu erklären.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderungen, die im Offenen Brief der D. R. P. D. aufgeführt sind, zu den ihrigen zu machen und verlangt vom Hauptvorstand, daß er sich deshalb mit dem D. E. B. ins Benehmen setzen soll, um, vereint mit der ganzen deutschen Arbeiterkraft, diese Forderungen zu verwirklichen.

### Die Stettiner Vulkan-Arbeiter gegen die Werkwehren und für eine gemeinsame Aktion des Proletariats.

Aus Stettin wird uns geschrieben:

Ein größerer Diebstahl, der sich vor einiger Zeit auf den Stettiner Vulkan-Werken ereignete, wird nunmehr von der Betriebsleitung zum Vorwand genommen, um die Ortschaft auch auf das Werk zu schmuggeln. Vor kurzem wurde ein Hauptmann Korisch eingestellt, der die „Feuerwehr“ neu organisieren soll. Jetzt aber hat der Betriebsrat festgestellt, daß für diese „Feuerwehr“ mit Zustimmung des unter rechtssozialistischer Führung stehenden Stettiner Arbeitsamtes leiblich Feldwebel, Offizierstellvertreter und andere Chargierte eingestellt worden sind, die von außerhalb herangezogen werden. Damit war für den Betriebsrat der letzte Zweifel behoben, daß es sich bei der neuen Feuerwehr lediglich um eine Schutztruppe der Firma gegen die Arbeiterkraft handelt, die bei Streiks Streikbrecher zu schützen hat usw. Eine Sitzung sämtlicher gewerkschaftlichen Vertrauensmänner des Betriebes beschäftigte sich mit diesen Vorgängen und faßte einstimmig, als mit den Stimmen der auf dem Boden der S. P. D. und der U. S. P. stehenden Vertrauensleute nachstehende Entschließung:

Die am 11. Januar 1921 im Speisesaal der Vulkan-Werke tagende Vertrauensmänner Sitzung nimmt Kenntnis von der Bildung der Werkwehre hier und in ganz Deutschland und stellt daraus fest den Aufmarsch der Konterrevolution. Angesichts dessen fordert die Vertrauensmänner Sitzung von den Organisationen eine einheitliche Aktion gleich dem Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Aufmarsch zur Niederschlagung der Konterrevolution einzuleiten.

Zu dieser Entschließung nahm auch eine am 12. Januar abgehaltene Sitzung des Stettiner Ortsausschusses der Gewerkschaften Stellung. Nicht ein einziger Redner hat sich gegen die Entschließung gewendet. Der Vorstand des Ortspartells wurde beauftragt, die Entschließung weiterzuleiten.

### Das Gesamtergebnis der Eisenbahner-Abstimmung.

81 1/2 Prozent für — 15 1/2 Prozent gegen den Streik. Das Wollbüro hatte zum Zweck der Stimmungsmache über die Abstimmung der Eisenbahner nicht nur die gewählten Reichskongresse ange stellt, um ein dem Streik ungünstiges Prozentverhältnis der Öffentlichkeit vorzeigen zu können, es hatte auch in Aussicht gestellt, daß in Bückeburg und Baden die für den Streik abgegebenen Stimmen voranschicklich unter 50 Prozent heruntergehen. Das unannehmliche vorliegende Gesamtergebnis zeigt die Dummheit, mit der das Wollbüro die Öffentlichkeit irreführte. In Bückeburg beteiligten sich 2793 Eisenbahner an der Abstimmung, von diesen stimmten 2050 für den Streik und 273 dagegen. In Baden stimmten 7200 ab, von ihnen waren 5760 für den Streik, gegen ihn 1416, in Bayern wurden abgegeben 4900 Stimmen, von diesen lauteten 3972 für den Streik und 930 dagegen. Von ungefähr 270 000 eingetragenen Mitgliedern der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner haben sich insgesamt 261 253 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, von den abgegebenen Stimmen lauteten für den Streik 205 210, also 81 1/2 Prozent, und gegen den Streik 59 870, also 15 1/2 Prozent.

Die Eisenbahner sind zum Kampf entschlossen; wenn es ihre Führer ebenso wären, hätte die Regierung längst den Eisenbahner gegeben, was sie zum Leben brauchen

### Neue Forderungen der Ruhrbergleute.

Berlin, 15. Januar. Aus Essen wird gemeldet: Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern des Ruhrgebietes unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministers wurden gestern Abend als erfolglos abgebrochen. Neue Verhandlungen sollen am 18. Januar direkt in Berlin stattfinden. Die Bergleute fordern 80 v. H. Erhöhung der Bezüge.

### Die Breslauer Arbeiterschaft auf dem Plan.

In vier öffentlichen Volksversammlungen hatte die W. R. P. D., Ortsgruppe Breslau, am Sonntag vormittag der Breslauer Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, zu dem „Offenen Brief“ der W. R. P. D. an alle proletarischen Organisationen Stellung zu nehmen. Die Versammlungen waren darüber einig, daß der Zusammenschluß des Proletariats zu einheitlicher Aktion nur auf dem Boden des entschlossenen Klassenkampfes geschehen kann. Die Forderungen des „Offenen Briefes“ werden von allen begrüßt und als die eigenen betrachtet. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die befundet, daß die Breslauer Arbeiterschaft genötigt ist, sich voll und ganz hinter die Forderungen des „Offenen Briefes“ zu stellen. Mit tiefer Enttäuschung stellen die Versammlungen fest, daß nicht die W. R. P. D., sondern S. P. D. und U. S. P. D. die Zersplitterer des einheitlichen Kampfwillens des Proletariats sind und eine gemeinsame Aktion mit der W. R. P. D. aus einseitiger Parteinteresse ablehnen. Die Versammlungen sind gewillt, über die Köpfe der Führer die einheitliche Kampffront der Arbeiter, Beamten, Angestellten und Erwerbslosen herzustellen.

## Ausland.

### Die französische Ministerkrise „gelöst“.

Brian ist es gelungen, nach anfänglichem Sträuben der großen Partei in der Kammer, der Entente-Republikano-Demokratie, das Kabinett neu zu bilden. Das Todesurteil steht ihm aber schon auf der Stirn geschrieben, wie jedem bürgerlichen Kabinett, weil auch das neue Kabinett niemals die Konflikte, die zum Sturz des alten Kabinetts geführt haben, lösen kann. Das kann nur die zusammengefaßte Macht und der entschlossene Wille des Proletariats.

### Ende des österreichischen Postbeamtenstreiks.

Durch Verhandlungen ist man zur Einigung gekommen. Ein neues Dienstrecht soll alle Reibungsflächen aus der Welt schaffen.

### Italienischer Sozialistenkongress.

Livorno, 15. Januar. Der Sozialistenkongress wurde heute eröffnet. Nachdem Dr. Levi die Grüße der deutschen Kommunisten übermittelt hatte, trat der Kongress in die Besprechung des Berichtes über den zweiten Kongress der dritten Internationale ein.

### Die weißen Bestien in den Interniertenlagern der Rotarmisten.

Neue Nordversuche. — Prügelstrafe. — Hungerstreik in Habelberg. — Schandestraf des Secretariatamtes.

Trotz der Warnungsnote des russischen Sowjetvertreters in Berlin an die deutsche Regierung tobt eine diebstahlartige Soldatensche weiter ihre Wut an den wehrlosen russischen Internierten der Roten Armee aus.

So wurde im Lager Pargim der Genosse Danieff am 6. Januar beim Fluchtversuch so schwer verwundet, daß ihm beide Beine amputiert werden mußten.

Der Genosse Fatain wurde bei seiner Rückkehr nach einer unerlaubten Entfernung aus dem Lager ebenfalls schwer verwundet. In Pargim ist im übrigen immer noch die Prügelstrafe.

selbst beim Baden, ein beliebtes preussisches Erziehungsmittel. Mögen Flagellanten daran ihre Freude haben, unsere russischen Genossen bedanken sich jedenfalls dafür das Objekt zu sein.

Die Untersuchung der Morde in Minden hat ergeben, daß einer der Internierten, der Genosse Kulga, erschossen wurde, als er sich zwischen dem ersten und zweiten Drahtverhau befand, also eine eigentliche Flucht noch garnicht vorlag.

Einen anderen Genossen, der im Lager selbst niedergeschlagen wurde, aber noch lebte, hat man in eine Ecke geschleppt und wie einen Hund verreden lassen.

Erst nach zwei Tagen wurde er aufgefunden. Die ärztliche Obduktion ergab, daß der Genosse noch hätte gerettet werden können, wenn man ihm sofort die ärztliche Hilfe hätte zuteil werden lassen.

Angeichts solcher Vorkommnisse magt man es in Deutschland noch von einer „schwarzen Schmach“ zu reden. Wir billigen die Taten der Schwarzen ebensowenig wie die Vergewaltigung belgischer und französischer Frauen durch unsere deutschen „Helbenführer“ und oft auch „Helbenväter“. Aber sie sind immer noch begreiflicher als die viehisch-bestiale Mordlust, mit der

### die weiße Schmach

die „Richter“-Dokumente errichtet.

In diesen Morden und Nordversuchen und der menschenunwürdigen Behandlung kommt die völlig ungenügende Ernährung, so daß seit heute im Lager Habelberg

4 000 Internierte in dem Hungerstreik getreten sind, um gegen die schlechte Verpflegung zu protestieren.

Scheinbar spekuliert man auf die Langmut der russischen Regierung, die jedoch sicher nicht untätig zusehen kann, wenn trotz aller Proteste und Verwahrungen keine Änderung eintritt.

Das Secretariatamt glaubt das seine durch einen

## Die Rechtssozialisten in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Wer aus all den Taten der sozialdemokratischen Partei im Reich noch immer nicht gelernt hat, daß diese Partei heute nicht im Lager des Bürgerturns abgegriffen ist, daß sie im Wahrsinn die Interessen des Proletariats geradezu verrät und daß sie zum Tummelplatz aller Mittelmaßigkeit, Halbheit und Schwäche im politischen Leben geworden ist, der sollte sich durch eigene Anschauung der Tätigkeit dieser Leute in der Stadtverordnetenversammlung überzeugen.

Im Reich und in Preußen hat die S. P. D. bekanntlich stets die Ausrede, daß sie nur deshalb nicht sozialistische Politik treiben könne, weil sie nicht die Mehrheit besitze. In der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung haben die S. P. D.-Leute diese Mehrheit und trotzdem besteht ihre gesamte Tätigkeit lediglich in Kompromissen, ab und zu großen Gesten und feigen Kneifen, wenn es wirklich einmal auf irgend eine Tat ankommt.

Schon die erste Tat der S. P. D. im neuen Stadtparlament war ein solches faules Kompromiß. Sie hatte die Macht, den Stadtverordneten-Vorsteher zu stellen. Das ist keine große Tat — aber selbst da schweißwebelten sie vor dem Bürgerturn und wählten den sogenannten Demokraten, den Reaktionsr Geheirat Heilberg, auf diesen Posten. Sie entschuldigsten das mit Gründen der Taktik, um bei Abstimmungen freier zu sein. Was heißt das? Entweder haben sie schon vor der Benutzung ihres Stückenpferdes, der bürgerlichen Demokratie, Angst oder es ist albernere Gewäsch.

Nichts ist übrig geblieben von den großmäuligen Ankündigungen vor den Stadtverordnetenwahlen, vom Kampf gegen das Bürgerturn, von dem „fortschrittlichen Geist“, den sie angeblich in die Stadtverwaltung bringen wollten und der Stadtrat Neukirch ist so recht das typische Bild des sozialpatriotischen Renegaten. Wer die Rede dieses Sozialdemokraten gegen Breslauer Elektrizitätsarbeiter gehört hat, der muß sich mit Empörung abwenden von dieser Sorte von Arbeitervertretern.

In aller Gedächtnis ist wohl noch das feige Zurückweichen der S. P. D. gelegentlich des Sympathiestreiks bei Schottlaenders Beerbigung. Erst unterschrieben sie den Antrag Gruschwitz, daß die städtischen Betriebe am Beerbigungstage geschlossen werden sollten, um am nächsten Tage in der „Volkswacht“ abzubrennen.

Am wohlsten ist diesen Leuten, wenn sie dem sentimentalischen Galsalaber des Oberbürgermeisters Wagner Beifall

spenden können — sie merken nicht, daß dieser Herr nichts anderes ist als ein geriebener Diplomat, der es meisterhaft verstanden hat, es mit keinem zu verderben und der doch trotzdem niemals etwas anderes sein kann als eben ein Vertreter der bürgerlichen Klasse und der, um im Volkstergon zu sprechen, immer mit der Wurst nach der Speckseite wirts. Dieser Mann ist es gewesen, der bei der ihm angebotenen Furchtsamkeit während der Aera Hörsting nach dem Belagerungszustand schrie, der erst lezhin kein Wort der Empörung über die neueste „Tat“ des Polizeipräsidenten, nämlich die Besetzung des Rathauses mit einer Hundertschaft der „Landfrösche“, wie die Sipo im Volksmunde heißt, fand.

Aber wie soll der Oberbürgermeister, der „Demokrat“, das Anmarschieren der „Landfrösche“ tabeln, wenn die Sozialisten selbst mit verlegenem Schweigen über den Appell des Genossen Gruschwitz, gegen die Besetzung des Rathauses zu protestieren, hinweggehen?

Dieselbe Partei tabelte durch den Mund des Herrn Darf die städtischen Arbeiter, weil sie streikten, und was soll man dazu sagen, wenn der „Genosse“ Stoye als Vertreter der Kriegesbeschädigten den Antrag Gruschwitz, Ermäßigungen auf der Straßenbahn für Schwerkriegsbeschädigte zu fordern, ablehnt? Daß diese Partei auch den Forderungen der Erwerbslosen kein Verständnis entgegenbringt, wen wundert das noch?

Am bezeichnendsten aber für die S. P. D. war die Debatte, die sich seinerzeit an den Angriff der S. P. D.-Fraktion gegen den Stadtrat Witz knüpfte und in der man ihm vorwarf, daß er sich bei Bestellung von Straßenbahnmotoren nicht richtig betragen habe. Unter schallendem Gelächter wies der Oberbürgermeister seinen „Freunden“ nach, daß ihre eigenen Vertreter in dem betreffenden Ausschuß, der dazu bestimmt war, die Angebote zu prüfen, diese Angebote für gut befunden hatten und also sie selbst sich „um a Kopp“ machen ließen.

Feigheit, Zaghastigkeit, Prinzipienlosigkeit und Liebesdienerei — das sind die „Grundzüge“, die diese Partei des „werttätigen Volkes“ im Stadtparlament leiten.

Wer das noch immer nicht erkannt hat, der veräume nicht, die Stadtverordneten-Versammlung zu besuchen, er wird sein blaues Wunder erleben!

laubung aus dem Lager von der Genehmigung der Polizei des betreffenden Ortes abhängig macht.

Will sich zum Beispiel ein Genosse im Lager Niederzwehren bei Cassel ein Pferd kaufen, dann muß er bei dem Polizeipräsidenten in Cassel ein Gesuch einreichen, das dieses evtl. nach erfolgter Genehmigung nach Berlin zum Peres-abwollungsamt weiterleitet, das dann die Erlaubnis erteilt. Praktisch bedeutet die Verfügung natürlich

### Aufhebung des Urlaubs.

Denn das eine solche Genehmigung Wochen, wenn nicht Monate braucht, liegt auf der Hand und der Gelegenheit zu Schikanen jeder Art ist Tür und Tor geöffnet.

## Gewerkschaftliches.

### Kommunistisches Gewerkschaftsartell in Halle.

Nachdem sich die größten Halle'schen Gewerkschaften, die Metall-, Holz-, Gemeinde- und Staatsarbeiter für die kommunistische Internationale erklärt hatten, war die bisherige Stellung des rechtsunabhängigen Gewerkschaftsartells erschüttert. In einer kürzlich stattgefundenen Vollversammlung der Halle'schen Gewerkschaftsdelegierten wurden nun Ertragswahlen zum Kartellvorstand vorgenommen, da die bisherigen rechtsunabhängigen Mitglieder, Emil Winkler, Otto Bärbig usw. ausgeschlossen waren. Sie begründeten ihr Ausschließen damit, daß alle Aktionen des Kartells und der IFA sabotiert würden. Im Kartellvorstand, dessen Periode erst im März abläuft, hätten sie keinen Einfluß mehr, könnten aber auch nicht die jetzt betriebene Politik verantworten. An ihre Stelle wurden unsere Genossen Albrecht Arendt als erster Vorsitzender, Kurt Bachmann als zweiter Vorsitzender, Fehnel als Beisitzer und Albert Brümme als Revisor gewählt. Ein Antrag zu allen Vorstandssitzungen des Kartells Vertreter der W. R. P. D. einzuladen, wurde angenommen. Damit ist in Zukunft wieder ein gezieltes Zusammenarbeiten zwischen dem Halle'schen Gewerkschaftsartell und der revolutionären Arbeiterschaft gesichert.

### Auch die französische Gewerkschaftsbürokratie zerküßt die Organisationen.

Nach dem französischen Gewerkschaftskongress von Orleans schlossen sich 633 kommunistische Gewerkschaftsverbände, die zusammen ein Drittel der französischen Gesamtbewegung ausmachen, zusammen und bildeten einen „Revolutionären Gewerkschaftsrat“, der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist. Das gewaltige Anwachsen der Opposition in dem reformistischen Gewerkschaftsbund gegen die Gewerkschaftsbürokratie der Jouhaux und Co. erregte immer ernsteren Besorgnis bei den Reformisten. Seit das gesamte Pariser Gewerkschaftsartell von den Kommunisten beherrscht wird, beschloß die Zentralkommission, scharfer gegen die Opposition vorzugehen.

Ganz wie in Deutschland marschiert an der Spitze der antibolschewistischen Gewerkschaftspalter die Leitung der französischen Landwirtschaftsgewerkschaft, die aus Landarbeitern und Kleinbauern besteht. Die Zentralkommission schloß in der letzten Woche zwei ganze Ortsverbände aus, einzig weil sie das Verbrechen begangen, dem „Revolutionären Gewerkschaftsrat“ angeschlossen zu sein. Allgemein erwartet man, daß dieser Vorstoß des spaltungsbüchigen Landarbeiterverbandes, der ein Teil der Partei eines landwirtschaftlichen Gewerkschaftsverbandes ist, zu weiteren

offensiven der gesamten Gewerkschaftsbürokratie gegen die immer rascher anwachsenden revolutionären Elemente der Organisierten ist.

Den beiden ausgeschlossenen Ortsverbänden werden alle Stempel und Mitgliedsbücher verweigert. Sie gelten als ausgeschlossen, weil sie energisch gegen die Leitung der Landwirtschaftsgewerkschaft kämpften, die für die Teilnahme an dem Büro des kapitalistischen Bollerbundes für das Frühjahr geplanten „Internationalen Landarbeitertag“ ist. Die französischen Arbeiter und selbst viele, die heute noch hinter den Gewerkschaftsbunzen stehen, werden die Spaltung ihrer Organisationen nie und nimmer zulassen. Eine Fülle von Protestresolutionen wurden bereits in diesem Sinne gefaßt.

## Provinz.

### Niedriger hängen!

Striegau. Unter der Überschrift: „Auch ein Rechtsbestand“ bringt die „Striegauer Volkszeitung“ eine Note, in der dem Genossen Schilora Betrügereien nachgesagt werden. Die Beschuldigungen entsprechen nicht den Tatsachen. Ein S. P. D.-Vertreter stellte dies ausdrücklich fest. Man fand es aber nicht für nötig, die Sache richtig zu stellen. Wir wundern uns darüber nicht, ist es doch die bekannte Methode dieser Herren „Volkvertreter“, Gegner, die lästig werden, zu verläumben (und wenn man sich das Material aus der Luft saugt.) Grundlag: „Etwas bleibt immer hängen!“ Für uns ist diese kleine Geschichte wieder ein Beweis, wie tief diese Leute schon gesunken sind.

Kothen. Durch Anregung des hiesigen Gewerkschaftskartells sprach Kollege Knoll vom A. D. G. B. Berlin in einer gut besuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 10. d. Mts. über das Thema: „Amsterdam oder Moskau“ mit dem Endziel, „wer nicht will Blut, Hunger und Elend, der wähle den Weg, der nach Amsterdam führt.“ Als Gegenreferent sprach Genosse Hamann, Pannau in sehr guter, sachlicher Ausführung. Ehe der Amsterdamer Anhänger sein Schlagwort ergreifen konnte, verließ die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die 8. Internationale das Versammlungstotal.

Soran R. L. Die Stadtverordnetenwahlen hatten für die bürgerlichen Parteien einen günstigen Ausgang. Die drei vereinigten Bürgerlisten erzielten 17 Mandate, während die beiden sozialdemokratischen Listen 12 Sitze behaupteten. Die Unabhängigen haben besonders viel Sitze verloren.

## Totales.

Breslau, den 18. Januar 1921.

### Dank des Vaterlands!

Wir wissen, daß das Phrasen ist. In welcher schamloser Weise die kapitalistische Gesellschaft aber mit den Opfern ihres Krieges umgeht, beweist folgendes Schicksal eines Kriegsverletzten, welches er uns in einem Briefe mitteilte:

Schwer verwundet im Januar 1915 in ein Heilmatslazarett eingeliefert, im Juni 1915 als gänzlich dienstuntauglich mit 40% Rente entlassen. Vater von zwei Kindern. Die Berufsberatung schlägt vor, sich zum Köchler auszubilden. Nach einiger Zeit merkt die Schulleitung die Ungeeignetheit und setzt den Bewerber durch Schulüberprüfung

Schwer Nebenleiden ist. Folge? Auf die Straße ohne jede weitere Unterstützung. Es erfolgt Zuweisung einer Arbeit, die darin besteht, in einem großen Grundstück Fahrstuhl, Dampfheizung und elektrisches Licht zu versehen, ohne jede praktische Kenntnis von allen dem. Die Frau hat dafür Sorge zu tragen, daß der Hauskur bis in die 4. Etage täglich gelehrt, gereinigt und alle Fenster gepußt, sämtliche Fenster und Fußböden in den neun Büroräumen gereinigt, die Straße und Garten in Ordnung gehalten werden. Als „Bergütung“ sollte neben einer Wohnung von zwei kleinen Zimmern 130 Mark monatlich gewährt werden. Die Frau des Kriegsverletzten ging darauf nicht ein. Dafür wurde der Mann vom Führer des Ortsausschusses der Kriegerverletzten als arbeitslos erklärt und aus dem Ortsausschuß ausgewiesen. Herr Kretschmer, Führer des Ortsausschusses, erklärte: Da Sie die Arbeit nicht annehmen, werde ich Sorge tragen, daß Sie vom Ortsausschuß hier niemals eine Unterstützung noch Arbeit erhalten, solange ich Führer des Ortsausschusses bin. Die Not trieb den Kriegsverletzten, nach und nach Hab und Gut zu verkaufen. (Dafür hat er ja auch für Haus und Herd gelämpft). Die Frau ist des Geldes wegen davongegangen. Die Kinder sind in „Pflege“ gegeben. Der Mann liegt im Versorgungsapparat.

Während solches geschieht, schwelgen die „Auserwählten der Nation“ im Ueberfluß, treiben Orgien und hochalachen der Not der Armen. Das sind die Kennzeichen einer zusammenbrechenden gewissenlosen Gesellschaft.

**Achtung! Genossinnen! Achtung!**  
**Mittwoch, den 19. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal Steinauer Straße 2, Ecke Andersenstraße, treffen sich sämtliche Genossinnen und die Frauen der Genossen.**  
**Vortrag: Die Frau und der Kommunismus.**  
**Der Aktionsausschuß, Ortsgruppe Breslau.**

**An die Ortsgruppen des Agitationsbezirkes Breslau.**

Am Sonntag, den 23. Januar 1921, findet in Breslau im Parteilokal, Nikolaistraße 49/50 eine Agitationsbezirkskonferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Die Agitationsbezirksleitung, J. A. Wilms

Zeugen gesucht.

Genossen, die bei der Arbeitslosendemonstration in der Nacht des Genossen Gierth waren und das, was er redete, gehört haben, werden gebeten, ihre Adresse in der Expedition der Zeitung abzugeben.

Alle Genossen und Genossinnen, die in letzter Zeit von der Polizei verhört worden sind, werden ersucht, sich im Distriktamt, Nikolaistraße 49/50 zu melden.

**So leben wir, so leben wir!**

36 Zentner schönes weißes Mehl, den Zentner für 504 M. (damit die Schiebenden auch etwas verdienen) und die entsprechende Zuckermenge bekommen Konditoren und Kaffees von der Verteilungsstelle zugewiesen, damit die Lebewelt bei ihren „Umhimmeln“ ihren „Mädchen“ etwas auf die Junge legen kann. Ganz recht so, für die „lieben Söhne und Töchter“ sorgt eine geschäftstüchtige Schieberrepublik schon.

Wenn hungernde Proletarier für ihre Menschenrechte demonstrieren, dann werden sie zu Hause in Angst und von den getreuen Kulis dieser verlotterten Gesellschaft in das bessere Jenseits befördert. Das beste und bequemste Mittel, die ewig nörgelnde Masse loszuwerden.

Wir haben eine andere Lösung, müssen sie haben, wollen wir nicht als erste dieser Gesellschaft untergehen. Wir müssen uns sammeln unter der Parole: Selbsthilfe und Selbstschutz des Proletariats!

**Zur Wohnungsfrage!**

Eine uns zugegangene Zuschrift sagt, daß eine erhebliche Einschränkung des ursprünglichen Bauprogramms der Stadt Breslau eintreten mußte. Von 741 geplanten Wohnungen kamen 473 zur Ausführung. Ein neuer Beweis dafür, daß die kapitalistische Gesellschaft die elementarsten Lebensbedürfnisse nicht befriedigen kann. Gest die soziale Umwälzung durch das Proletariat wird es tun können.

**Achtung! Irreführung der Käufer.**

Der Ueberwachungsausschuß für Fleischimporte teilt mit: In letzter Zeit geht der Handel angesichts der hohen Schmalzpreise vielfach dazu über, neben reinem Schweineschmalz auch wieder sogen. „Compound lard“ einzuführen. Es ist dies ein Kunstschmalz, welches mit Schweineschmalz wohl das Aussehen gemein hat, im übrigen aber ausschließlich aus einer Mischung von Oelen und Rindertalg besteht und sich um etwa 25%, zeitweise sogar noch mehr, billiger stellt als Schmalz. Gegen die ordnungsmäßige Einfuhr dieses billigeren Fettes ist an und für sich nichts einzuwenden. Es hat sich aber herausgestellt, daß dem Publikum diese Ware nicht unter der allein zulässigen Bezeichnung „Kunstschmalz“ sondern als „Schmalz“ oder gar „Amerikanisches Schweineschmalz, Marke Compound“ und ähnlichen unklaren Bezeichnungen angeboten wird. Hierdurch wird eine Irreführung der Verbraucher bewirkt, welche die angebotene Ware für ein besonders billiges und preiswertes Schmalzprodukt halten. Es muß daher nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen Kunstschmalz verpackt oder feilgehalten wird, laut gesetzlicher Vorschriften mit einem stets sichtbaren, handförmigen roten Streifen und der deutlichen Aufschrift „Kunstschmalz“ versehen sein müssen. Dem Publikum aber ist dringend zu empfehlen, daß es beim Einkauf Vorsicht übt und im eigenen Interesse ein besonderes Augenmerk auf die strenge Beachtung dieser Vorschriften durch die Verkäufer richtet, damit übertretende Firmen zur Anzeige gebracht werden können. Der Ueberwachungsausschuß seinerseits wird Firmen, die gegen diese Verordnung verstoßen, weitere Einfuhrgenehmigungen nicht mehr erteilen.

**Verloren!**

Auf dem Wege vom Schlachthof nach Glogauer Straße wurde am Sonnabend nachmittag 1/3 Uhr von einem Genossen eine schwarze Aktentasche mit Einsteckschloß, Abrechnungsbuch der Staats- und Gemeindearbeiter und einer Kaffeekanne ohne Henkel verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige in der Redaktion der „Schles. Arbeiter-Zeitung“ abzugeben.

**Sport.**

**Madonnen in der Jahrhunderthalle.**

Die heutigen Dauerverrennen hinter Motorführung boten sehr guten Sport und prachtvolle Kämpfe. Leider wurde Lehmer im 30. Km. Rennen von Motordefekten betroffen, wodurch er trotz seines hervorragenden Fahrens weit zurück endete. Im Prämienfahren für Breslauer Fahrer ereignete sich in der 6. Runde ein Sturz, in den Maier, Rosenberger und Schubert verwickelt wurden, ohne ernstlichen Schaden zu nehmen. Resultate der einzelnen Rennen: Hauptfahren. 6 Runden. 1. Häusler 1:35:1 Min., 2. Abraham 1/4 Länge, 3. Schubert, 4. Meier. 2. Auscheidungsfahren. 16 Runden. 1. Rudel 4:2:3 Min., 2. Mälinger, 3. Häusler, 4. Hoffmann. Prämienfahren. 20 Runden. Nur für Breslauer Fahrer. Prämien von 50 M. gewonnen: Weber II, Neumann und Feja je eine. Schlussrunde. 1. Feja 5:21 Min., 2. Weber I, 3. Wiesner, 4. Hoffmann. Dauer-Rennen 60 Km. 3 Läufe zu 10, 20 und 30 Km. 1. Lauf 10 Km. 1. Thomas, Breslau 12:55:1 Min., 2. Lehmer, Berlin 10 Meter zurück. 3. Krupkat 40 Meter zurück. 2. Lauf 20 Km. 1. Lehmer 25:41:1 Min., 2. Krupkat 100 Meter, 1. Thomas 170 Meter zurück. 3. Lauf 30 Km. 1. Thomas 41:3 Min., 2. Krupkat 150 Meter, 3. Lehmer 11 Runden zurück. Gesamtergebnis: 1. Thomas 56:730 Km., 2. Krupkat 20 Meter, 3. Lehmer durch Motordefekt weit zurück. W. L.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert; für Inserate: Riefchwager & Meyer. Druck: Buchverlag Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen  
 der Stadt Breslau m. b. H.  
**Einfache Möbel**  
 nach künstlerischen Entwürfen zu zeitgemäß billigen Preisen gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise ::  
**Albrechtstrasse Nr. 39**  
 Eingang Altbückerstr., 1. Stock

In den Fabriken, Werkstätten und Kontoren muß jeder Genosse neue Leser für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ werben!

**Arbeiter!**  
**Meidet den Alkohol!**

- Stadttheater.**  
Dienstag 7 Uhr; Sidelio.
- Kober-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau von Frankfurter.
- Thalia-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Wildente.
- Schauspielhaus.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr: Der letzte Kaiser.

**Oberschlesier!**

Noch ist es Zeit aber Eile tut not!

Die Frist zur Meldung läuft ab!

Wer noch nicht seine Eintragung in die Stammliste beantragt hat, gehe noch heute zu seiner Ortsgruppe

**Der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier.**  
 (Siehe Anschlagssäulen)

**Liedch-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg des Januar-Programms.

**ZEPTER-KINO**  
 New-York-Paris I. u. II. Teil  
 Dazu: **Mia May**  
 in: **Frl. Zahnarzt**  
 5 Akte

**Großer Inventur-Ausverkauf**  
 in Herren-Hüten und Mützen für Straße und Sport.

Meine ohnehin schon billigen Preise habe ich teils bis über die Hälfte herabgesetzt.

Ueberzeugen Sie sich und besichtigen Sie gefälligst meine 7 Schaufenster. Jeder Gegenstand wird auf Wunsch bereitwilligst aus dem Fenster genommen.

**Hut-Ecke**  
**H. Schönfeld**  
 Schmiedebrücke Nr. 17/18  
 Ecke Kupferschmiedestr.

**Matthias-Kino.**  
Katharinenstraße 33 und Neißestraße 9.

**Geschlechts-**  
 Krankheit jeder Art (Harnröhrenentzündung) frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Merkur-schwäche, Weiblich) werden sich sofort veranlassen von **Dr. med. Dammann's** Heilanstalt, Bertha-Straße 26, Postfachstr. 1238, Sprechstunde: 9-11 u. 2-4, Sonntag 10-11 Uhr. Besondere Geschlechts- mit tödlichen Folgen. Dankeschreiben und Angabe heutiger Heilung (ohne Quecksilber, ohne Blutegel, ohne Jod) gegen 1.-2. Mk. direkt in versch. Kassen ohne Absonder. Lohn gesamtbez.

**Die Sippschaft**  
6 Akte  
Ein Problem von Liebe und Hass  
Ferner:  
**Ludwig Ganghofers**  
vielspaltiger Roman  
**Der Klosterjäger**  
5 Akte

**HAARNISSE**  
 Kopfschneider - Brot - Kopf-Niese  
 vollständig gerüstet in 2 Stunden realisiert  
**NISSKA** D.L.G. M. Der Wunderkamm  
 Verlangen Sie den Katalog gratis  
 in Brogaugen und einschlägigen Geschäften oder von Allerte-hersteller  
**FR. B. MÜCKENHAUPT**  
**NURNBERG B. 4.**

**Abgespielte Grammophon-**  
 Platten sowie Bruch kanten wieder zu höheren Preisen, ebenso gebrauchte Leiern und Spieluhren.  
**Carl Sackur, Ring 54.**

**Konsum- u. Sparverein**  
 Achtung! „Vorwärts“ Achtung!  
**Mitglieder!**  
 In unseren Abteilungen für  
**Bekleidung und Schuhwaren**  
 am Neumarkt Nr. 12  
**Kupferschmiedestr. Nr. 31**  
**Weinstrasse Nr. 72**  
 dauert der  
**Inventur-Ausverkauf**  
 noch bis  
**Sonnabend, den 22. Januar**  
**Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.**  
**Mitglieder**  
 benützt diese günstige Gelegenheit.

Inserate haben in der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ größten Erfolg.